

Dreckiges Dutzend

Affären Messungen belegen, dass der Kohlekonzern RAG giftige PCB in Flüsse einleitet. Umweltverbände bereiten Strafanzeigen vor.

Eigentlich sollte der Bericht vertraulich bleiben. Weder die Aufsichtsbehörde in „Arnsberg oder Dritte“ sollten von den Zwischenergebnissen erfahren. So steht es in der E-Mail, mit der das Landesamt für Natur-, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) am 31. Juli um exakt 13.46 Uhr eine knapp 40-seitige Untersuchung an das Umweltministerium des Landes Nordrhein-Westfalen verschickte.

Überschrieben ist die Mail mit der Zeile: „PCB Grubenwasser – Zwischenbericht“. Der Inhalt ist brisant für die Landesregierung, vor allem aber für den größten Bergbau- und Kohlekonzern des Landes, die in Essen ansässige RAG.

Die Studie belegt, was die RAG und ihre Aufsichtsbehörde bisher abgestritten haben: Das von dem Konzern in Millionen Kubikmetern in Flüsse gepumpte Grubenwasser ist in erheblichen Mengen mit hochgiftigen Polychlorierten Biphenylen (PCB) belastet.

In den noch aktiven Bergwerken rund um Emscher und Ems, schreiben die Verfasser, liegen Konzentrationen der krebserregenden Chemikalien im Grubenwasser um ein Vielfaches über den zulässigen Normen für Oberflächengewässer. Und selbst aus längst geschlossenen Bergwerken strömt unablässig PCB in die Flüsse – wenn auch in geringen Mengen.

Mitten im Ruhrgebiet, in der Nähe von Bottrop, leitet etwa die RAG-Zeche Prosper-Haniel ihr Grubenwasser in die Emscher. Am 11. März 2015 untersuchte das LANUV die Einleitungen. Die PCB-Konzentrationen lagen um das Dreifache höher als die Umweltqualitätsnorm (UQN), heißt es im Zwischenbericht.

Knapp 60 Kilometer östlich, in Bergkamen, zogen die Wasserexperten am 13. Mai 2015 Proben aus der Lippe. Dort leitet das stillgelegte Bergwerk Haus Aden Grubenwasser ein. Die PCB-Werte überschritten die Normen um mehr als das Doppelte.

Nicht einmal im Vorzeigebergwerk der RAG, der in Essen gelegenen Zeche Zollverein, ist das Grubenwasser giftfrei. Am 18. Mai 2015 ermittelten die Beamten in der Hälfte der Proben Konzentrationen, die über den UQN-Werten lagen.

Wie groß die insgesamt freigesetzten Mengen pro Tag, pro Woche und Monat sind, soll in einem zweiten Schritt analysiert werden. Doch für Umweltverbände und Wasserexperten wie Harald Friedrich sind die Zwischenergebnisse schon jetzt ein „dramatisches Szenario“.

Mehr als 10 000 Tonnen des Giftes lagern seit den Achtzigerjahren in Form von Hydrauliköl in den Schächten der RAG. Mit der Schließung der letzten Zechen Ende 2018 besteht die Gefahr, dass noch größere Mengen als heute in die Flüsse und vielleicht sogar in das Grundwasser gelangen.

Dann will die RAG die in Hunderten Meter Tiefe installierten Pumpen abstellen. Millionen Kubikmeter Grubenwasser werden dann aufsteigen, die teilweise schwer kontaminierten Schächte werden geflutet. Über ein unterirdisches Tunnelsystem soll das Wasser ungefiltert in den Rhein fließen.

Als der SPIEGEL im Januar erstmals über die PCB-Belastung berichtete, wiegelten die RAG und die zuständige Aufsichtsbehörde in Arnsberg ab. Eine Gefahr bestehe weder jetzt noch in Zukunft, hieß es damals. Das Grubenwasser würde permanent geprüft. PCB liege seit Jahren bereits „unterhalb der Nachweisgrenze“. Einzelne Ausreißer seien auf Unfälle unter Tage zurückzuführen.

Das war wohl so nicht richtig. Der Grund für die niedrigen Werte liegt offenbar in der von der RAG und der Bergbaubehörde angewandten Messmethode.

PCB ist nicht wasserlöslich. Es heftet sich an kleine Schwebstoffe im Wasser. Um es zu finden, sagen Experten wie Friedrich, sind spezielle Untersuchungen mit Zentrifugen oder in dem von Chemikern als Sediment bezeichneten Bodensatz der Einleitungsstellen nötig.

Die RAG und ihre Aufsichtsbehörde nahmen die Proben jedoch in der Regel nur aus fließendem Grubenwasser. Das vielleicht gewünschte Ergebnis: PCB war darin kaum enthalten. Die RAG verweist

darauf, dass Proben in enger Absprache mit Behörden entnommen wurden und dass die UQN nicht für Grubenwasser gelte.

Die neuen Messungen des LANUV, die der grüne Umweltminister Johannes Remmel nach der Aufdeckung der PCB-Affäre im Januar in Auftrag gab, bringen die RAG dennoch in eine prekäre Lage. Ihr Plan, das übel riechende Grubenwasser ab 2018 preisgünstig und unauffällig in den Rhein zu leiten, dürfte nur noch schwer zu halten sein. Stattdessen drohen Auflagen, etwa eine aufwendige Sanierung der Zechen und der Bau großer Filteranlagen.

Bisher haben weder das Unternehmen noch die für seine Altlasten zuständige RAG-Stiftung dafür Geld zurückgelegt. Gut möglich, dass letztlich sogar der Steuerzahler für die giftigen Hinterlassenschaften des Bergbaus aufkommen muss.

Die Landesregierung kennt das Problem, doch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihre Minister spielen auf Zeit. Vor Kurzem wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Gefahren durch PCB und Giftmüll in den Zechen untersuchen soll. Erst nach Abschluss der Studie will die Regierung über mögliche Auflagen für die RAG beraten.

Doch der Druck von außen wächst. Die neuen Messergebnisse haben auch Umweltverbände wie den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland erreicht. Dort ist man „fassungslos“ über den leichtfertigen Umgang mit dem Gift und plant juristische Schritte.

PCB, heißt es in einem dem SPIEGEL vorliegenden Entwurf einer Strafanzeige, gehörten zum sogenannten Dreckigen Dutzend, einer besonders gefährlichen und weltweit verbotenen Gruppe von Chemikalien. Die nun zweifelsfrei nachgewiesene ungenehmigte Einleitung in Oberflächengewässer durch die RAG sei eine „schwere Straftat gegen Mensch und Umwelt“ und müsse unterbunden werden.

Frank Dohmen, Barbara Schmid



Begehung eines Stollens der Zeche Zollverein in Essen: „Dramatisches Szenario“